

Sell, Friedrich L.; Stief, Jürgen

Article

Einkommensverteilung und Inflation: Theorie und Empirie zu Deutschland

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Sell, Friedrich L.; Stief, Jürgen (2025) : Einkommensverteilung und Inflation: Theorie und Empirie zu Deutschland, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 78, Iss. 12, pp. 70-76

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/336085>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Daten und Prognosen

Einkommensverteilung und Inflation

Theorie und Empirie zu Deutschland

Friedrich L. Sell und Jürgen Stieff*

In Kürze

Die von Christine Lagarde für den Euroraum herausgestellte prominente Rolle der Gewinnmargeninflation ab 2022 lässt sich für Deutschland in den Daten des BIP-Deflators für den Zeitraum 1992 bis 2024 nicht finden. Von den drei angebotsseitigen Inflationstreibern – Gewinnmargeninflation, Lohndruckinflation und Abgabeninflation – dominiert der Einfluss der Gewerkschaften und ihrer Lohnpolitik auf die Verteilungsposition des Faktors Arbeit (Brutto- und Nettolohnquote). Dies ist durchaus überraschend vor dem Hintergrund, dass sich die deutschen Gewerkschaften (nach wie vor) im Kampf gegen sinkende Mitgliederzahlen befinden und ihr abnehmender Organisationsgrad dem in europäischen Nachbarstaaten durchaus ähneln dürfte.

Während der Zinssenkungsphase der Europäischen Zentralbank (EZB) seit September 2024 hat deren Präsidentin, Christine Lagarde, mehrfach auf die Rolle der Gewinnmargen der Unternehmen für die Erklärung und den Verlauf der Inflationsrate im Euroraum seit 2022 hingewiesen (Kummerfeld 2024). Das ist bemerkenswert, als damit nicht nur die Preissetzung der Arbeitgeber, sondern auch der (Um-)Verteilungsaspekt der Inflation (Öllinger und Sell 2019) direkt angesprochen wird, zu dem sich Notenbankchefs eigentlich eher selten äußern. In der Diskussion wird allerdings oft zu wenig zwischen den (Um-)Verteilungsinstrumenten einerseits und den eigentlichen Verteilungszielen der Tarifparteien andererseits unterschieden. Daher werden sie im folgenden Abschnitt zunächst identifiziert und definiert. Beide Aspekte werden im Rahmen von zwei verschiedenen, aber durchaus komplementären Modellen

operationalisiert, deren wesentliche empirische Implikationen quantitativ (deskriptiv und analytisch) mit Daten aus Deutschland (1992–2024) untersucht werden.

Begriffliches

Das eigentliche Verteilungsziel der Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaften (Unternehmen bzw. der Arbeitgeber) ist und bleibt die Lohnquote (Gewinnquote). Im Aufschwung/Boom, also in einer tendenziell inflatorischen Phase der Konjunktur, versuchen die Arbeitgeber, durch Preisaufschläge bzw. Ausdehnung der Gewinnmargen ihre Verteilungsposition auszubauen. Später im Zyklus, beginnend gegen Ende des Booms, versuchen die Gewerkschaften durch nachholende, die verlorene Kaufkraft ausgleichende Lohnsteigerungen ihre Verteilungsposition mindestens zu verteidigen. Das nennt man auch die „Lohnpreisspirale“, die sich im Wechselspiel zwischen Lohndruck- und Gewinnmargeninflation einstellt. Diese Spirale ist Ausdruck einer

* Prof. em. Dr. Friedrich L. Sell, Universität der Bundeswehr München. Prof. Dr. Jürgen Stieff, Hochschule Aalen. Die Autoren sind nicht im Auftrag des ifo Instituts tätig.

fehlenden Geldillusion der Beteiligten und bereitet den Notenbanken großes Kopfzerbrechen.

Sowohl die Lohndruck- als auch die Gewinndruckinflation gehören zu den sogenannten Nicht-Monetären Inflationstheorien. Das explizite Primärziel dieser Inflationstreiber besteht darin, den jeweils eigenen Anteil am Sozialprodukt zu erhöhen. Als sekundäre Ziele gelten die Erhöhung des Organisationsgrads der Gewerkschaften im Falle der Arbeitnehmer bzw. die Aufstockung der Investitionen durch Selbstfinanzierung im Falle der Arbeitgeber. Diese Sichtweise ist allerdings, wie Nierhaus (2025) aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) herausarbeitet, erheblich zu kurz gesprungen, da dabei die Rolle des Staates und seines „Beitrags“ zur Inflation vernachlässigt wird. Dieser Anteil wird zutreffend als „Abgabeninflation“ bezeichnet und gründet sich auf die vom Staat erhobenen Produktions- und Importabgaben (abzüglich der Subventionen). Die von Donald Trump im Frühjahr 2025 losgetretene erratische US-Zollpolitik und ihre Effekte auf die US-Inflationsrate (gemessen an den Auswirkungen auf den BIP-Deflator und/oder den Konsumentenpreisindex) passen exakt in diesen Referenzrahmen hinein (Dörner et al. 2025, S. 7).

Die genannten drei Treiber der inländischen Inflationsrate sind weder unabhängig voneinander noch „gleichberechtigt“: Die (exogenen) staatlichen Abgaben schränken die (endogenen) potenziellen Reallohnzuwächse der Arbeitnehmer ein und bestimmen mit über die erhofften (und ebenfalls endogenen) Gewinnmargen der Arbeitgeber (vgl. dazu weiter unten ein Beispiel aus dem Sektor der Gastronomie).

Der Verteilungskampf auf der Tarifparteienebene

Wir greifen auf das Modell von Pierdzioch/Stadtmann/Vögtlin (PSV) (2025) zurück.

Lohninflation

$$(1) \quad p_w = a(g - w) + p^*$$

Die Lohnforderungen (die Lohninflation) der Gewerkschaften p_w steigen (ist) proportional zur Differenz zwischen dem von ihnen angestrebten Reallohn g und dem aktuellen Reallohn w (jeweils Logarithmen). Der Parameter a (>0) symbolisiert die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Das Inflationsziel der Notenbank p^* wird dabei positiv berücksichtigt.

Arbeitgeberinflation

$$(2) \quad p_w = b(w - f) + p^*$$

Die Preisforderungen (die Preisinflation) der Arbeitgeber p steigen (ist) proportional zur Differenz zwischen dem aktuellen Reallohn w und dem von ihnen angestrebten Reallohn f . Der Parameter b (>0) symbolisiert die Preissetzungsmacht der Arbeitgeber. Das Inflationsziel der Notenbank p^* wird dabei positiv berücksichtigt. Gemessen wird die Preisinflation mit Hilfe des HVPI.

Reallohnveränderung in der Zeit

$$(3) \quad \frac{dw}{dt} = p_w - p$$

Der Reallohn steigt (fällt), wenn die Lohnsteigerungen die (hinter den) Preissteigerungen übertreffen (zurückfallen).

Bedingung für ein Steady State

Ist (3) = 0, dann gilt $p_w = p$, und die Lohn-Preis-Spirale kommt zum Erliegen.

Beschreibung des Steady State

Durch Kombination von (1) und (2) erhalten wir:

$$(4) \quad w = \frac{ag + bf}{a+b}$$

$$(5) \quad p_w = p = p^* + ab \left(\frac{g-f}{a+b} \right)$$

Gleichung (5) demonstriert den Verteilungskonflikt auf der Instrumentenebene für die Konstellation $g \neq f$, insbesondere für $g > f$.

Empirie in Anlehnung an das PSV-Modell

Inflation außerhalb des Steady State

Die Methodik von Nierhaus¹ (2025) erlaubt eine Zerlegung der aktuellen Inflationsrate π , gemessen am BIP-Deflator, in die folgenden drei Komponenten:

$$(6) \quad \pi = p_w + p_a + p_{st}$$

¹ Wir danken ausdrücklich Wolfgang Nierhaus für die freundliche Überlassung der im folgenden vorgestellten Daten.

Dabei ist p_w die von den Gewerkschaften induzierte *Lohndruckinflation*, die sich in höheren Lohnstückkosten manifestiert, p_a die von den Arbeitgebern verantwortete *Gewinnmargeninflation*, die in Gestalt von höheren Stückgewinnen daherkommt, und schließlich p_{st} die vom Staat verursachte *Abgabeninflation* in Form von Produktions- und Importabgaben (abzüglich der Subventionen). Im Jahr 2024 lässt sich der BIP-Deflator in Prozentpunkten beispielsweise wie folgt zerlegen (Nierhaus 2025, S. 54):

$$\pi = 3,1 = 3,1 (p_w) - 1,1 (p_a) + 1,1 (p_{st})$$

In Abbildung 1 werden alle vier Zeitreihen im Zeitraum zwischen 1992 und 2024 gegenübergestellt. Vergleicht man alle Datenpunkte miteinander, so manifestiert sich eine Dominanz der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern im Hinblick auf das Vorliegen von Lohndruckinflation im Vergleich zur Gewinnmargeninflation: In 20 von insgesamt 33 Beobachtungen liegt die Konstellation $p_w > p_a$ vor (66,7%). Insoweit lässt sich im Sinne des PSV-Modells schlussfolgern, dass im Beobachtungszeitraum der Parameter $a (> 0)$ größer ausgefallen ist als der Parameter $b (> 0)$.

Da es beiden Tarifparteien letztlich aber nicht allein um den eigenen „Instrumenteneinsatz“ (Lohndruckinflation vs. Gewinnmargeninflation) gehen kann, sondern um das damit erzielte Ergebnis im Hinblick auf die Lohn- bzw. Gewinn-

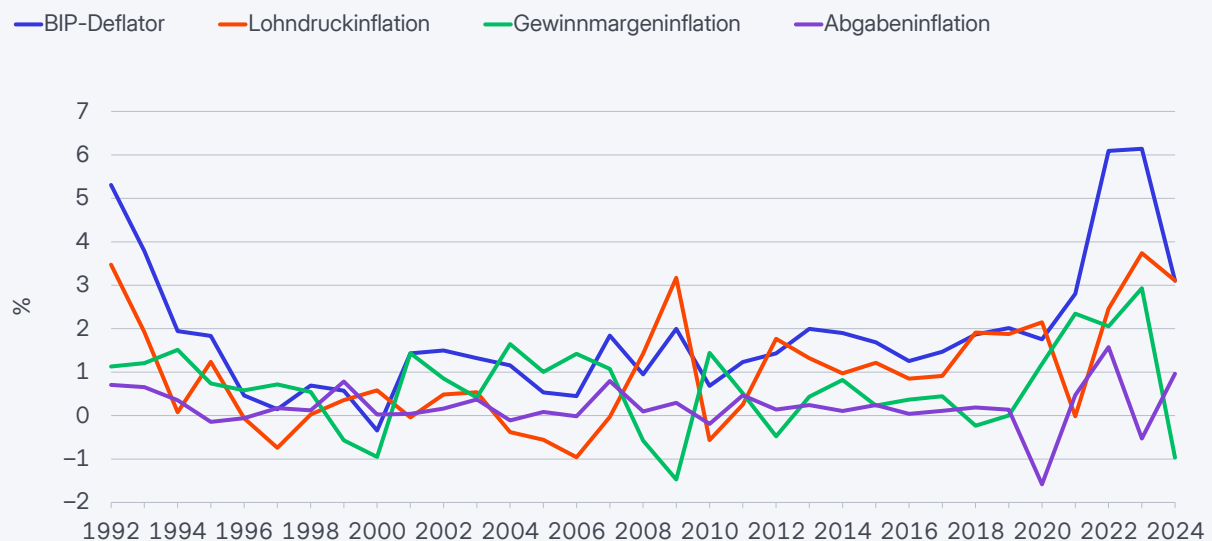
quote, sind die deskriptiven Ergebnisse aus Abbildung 1 lediglich ein Zwischenschritt. In der folgenden multiplen linearen Regression untersuchen wir systematisch den Einfluss von p_w , p_a und p_{st} auf die Höhe der Brutto Lohnquote (unbereinigt bzw. bereinigt) in Deutschland zwischen 1992 und 2024.

Unbereinigte Brutto Lohnquote

Die unbereinigte Lohnquote ist definiert als das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelt zum Volkseinkommen. Unter den getesteten Variablen erweisen sich (nur) die Lohndruckinflation p_w und das Absolutglied („Schnittpunkt“) mit dem „richtigen“ positiven Vorzeichen als signifikant auf der 5%-Ebene (1%-Ebene) (vgl. Tab. 1). Der hohe Wert und die hohe Signifikanz des Absolutglieds deuten allerdings auf einen *Omitted-Variables-Bias* (Hackl 2008, 105 ff.) hin. Das ist in diesem Zusammenhang aber nicht besonders störend, da die geschätzte Gleichung kein Erklärungsmodell, sondern lediglich eine Impuls-Reaktions-Funktion darstellt. Die Parameter für die Gewinnmargeninflation sowie für die Abgabeninflation sind beide nicht signifikant, daher erübrigt sich eine längere Prüfung der Vorzeichen. Wie ist allerdings die Nicht-Signifikanz der Parameter für die Gewinnmargeninflation und für die Abgabeninflation ökonomisch zu deuten? Stehen sie im Einklang mit der Kreislauftheorie der Verteilung von Keynes und Oberhauser (Öllinger und Sell 2019)? Dazu mehr weiter unten.

Abb. 1

Inflationsraten in Deutschland



Quelle: Nierhaus (2025); Statistisches Bundesamt (2025).

© ifo Institut

Tab. 1

Bruttolohnquote (unbereinigt) in Abhängigkeit von den verschiedenen Inflationstreibern

	Koeffizienten
Schnittpunkt	0,69329329*** (0,006)
p_w	0,00737312** (0,003)
p_a	0,0002925 (0,004)
p_{St}	-0,0038058 (0,007)
Adjustiertes R^2	0,08942259
Standardfehler	0,02120973
Beobachtungen	33

Hinweis: Standardfehler in Klammern; Signifikanzniveau *** 1 %, **5 % und *10 %.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2025); Nierhaus (2025); Statista (2025); Berechnungen der Autoren. © ifo Institut

Bereinigte Bruttolohnquote

Die bereinigte Lohnquote ergibt sich durch Multiplikation der Arbeitseinkommensquote mit der Arbeitnehmerquote eines festen Basisjahres:

$$\text{Bereinigte Lohnquote} = \left(\frac{W}{Y}\right) \cdot \left(\frac{A}{E}\right)_{t=0}$$

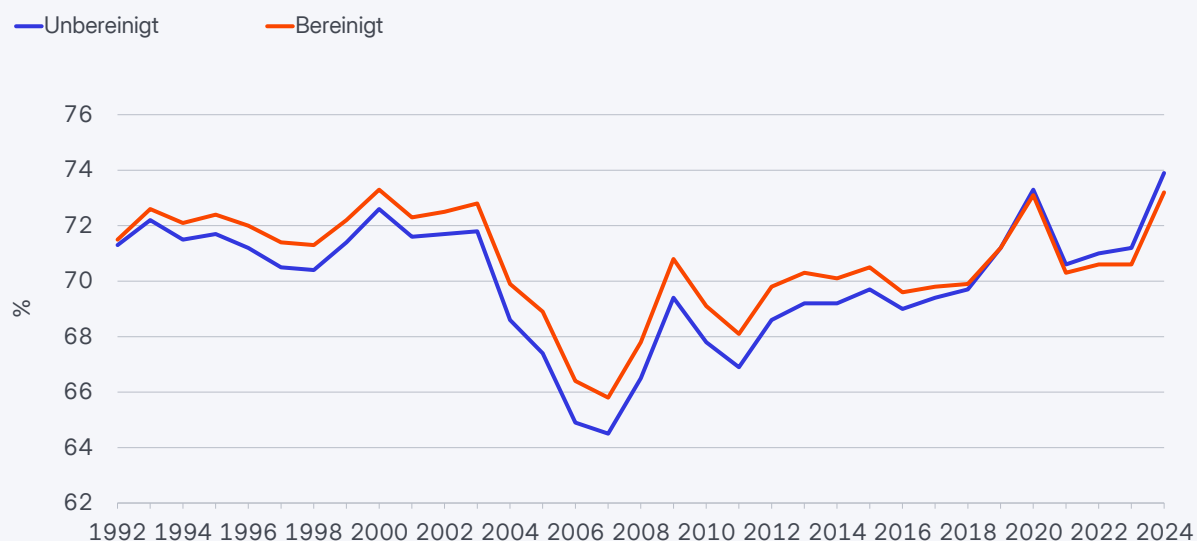
Mit W = Arbeitnehmerentgelte; Y = Volkseinkommen; A = Zahl der Arbeitnehmer, E = Zahl der Erwerbstätigen und $t = 0$ = Basisjahr (in unserem Fall das Jahr 1991).

Wenn etwa der Anteil der Selbständigen im Zeitverlauf steigt, sinkt die unbereinigte Lohnquote – obwohl die tatsächliche Arbeitsentlohnung konstant bleibt. Die bereinigte Quote zeigt dann, dass der Rückgang kein Ausdruck von sinkender Lohnbeteiligung ist, sondern ein statistischer Effekt. Wenn die bereinigte Quote stets höher als die unbereinigte Quote liegt (vgl. Abb. 2), kann das u.a. bedeuten:

- *Hoher Anteil an Selbständigen* mit relevanten Einkommen, die in der unbereinigten Quote nicht als „Lohn“ erscheinen.
- *Strukturelle Verschiebung* der Erwerbsformen: z.B. mehr Soloselbstständige, Freiberufler oder Unternehmer mit Arbeitsleistungen, die nicht als Lohn verbucht werden.

Abb. 2

Bruttolohnquoten



Quelle: Statista (2025).

© ifo Institut

Tab. 2

Bruttolohnquote (bereinigt) in Abhängigkeit von den verschiedenen Inflationstreibern

	Koeffizienten
Schnittpunkt	0,70492914*** (0,005)
p_w	0,0041803 (0,003)
p_a	-0,0020899 (0,003)
p_{St}	-0,0045943 (0,007)
Adjustiertes R ²	0,01629333
Standardfehler	0,0185076
Beobachtungen	33

Hinweis: Standardfehler in Klammern; Signifikanzniveau *** 1 %, **5 % und *10 %.
Quelle: BMF (2025); Nierhaus (2025); Statista (2025); Berechnungen der Autoren. © ifo Institut

Die ökonometrischen Ergebnisse (vgl. Tab. 2) fallen schlechter aus als bei der unbereinigten Bruttolohnquote: Alle Koeffizienten sind bis auf das Absolutglied nicht signifikant. Warum? Die Lohndruckinflation speist sich typischerweise aus dem Verhandlungsgeschehen der Gewerkschaften, die die Tariflöhne für die Arbeitnehmer aushandeln. Diese werden nicht ohne Weiteres auf die Quasi-Lohneinkommen der Selbständigen übertragen. Im Gegenteil: Um den Kostendruck der Tariflohnerhöhungen aufzufangen, sind sogar absolute oder relative Lohnsenkungen im Bereich der Unternehmer mit Arbeitsleistungen vorstellbar bzw. ökonomisch rational.

Betrachten wir dazu in Abbildung 2 den Verlauf der (unbereinigten und der bereinigten) Bruttolohnquoten zwischen 1992 und 2024: Die bereinigte Bruttolohnquote liegt nahezu durchweg um einige wenige Prozentpunkte über der unbereinigten Bruttolohnquote. Dies legt die Vermutung (vgl. oben) nahe, dass in Deutschland tatsächlich ein signifikanter Teil der Wertschöpfung durch Arbeitsleistung erbracht wird, die statistisch nicht als „Lohn“ erfasst wird – etwa durch Selbständige, Familienbetriebe oder atypische Beschäftigungsformen.

Es liegen mindestens drei Phasen vor: Zwischen 1992 und 2003 lag die bereinigte Bruttolohnquote überwiegend über 71 %, zum Teil sogar darüber; ab 2004 sank die bereinigte Bruttolohnquote bis 2018 auf Werte unter 70 %, z.T. sogar deutlich unter 67 %; ab 2019 stieg die berei-

nigte Bruttolohnquote erneut deutlich an, auf Werte bis zu 73 % und darüber. Stellt man auf Veränderungen ab, so gilt, dass die bereinigte Bruttolohnquote 2019–2024 deutlich über derjenigen von 2004 bis 2018 (Umverteilung der Einkommen zugunsten von Arbeit) lag, 2004–2018 wiederum fast ebenso deutlich unterhalb derjenigen von 1992 bis 2003 (Umverteilung der Einkommen zugunsten der Gewinne).

Der Verteilungskampf auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene

Wir betrachten nun die Nettogewinnquote (NGQ) im Kreislaufmodell von Keynes und Oberhauser. Grundlage der Analyse ist schon bei Keynes (1930) die folgende Definitionsgleichung für das Sparen in der offenen Volkswirtschaft (1. Keynes'sche Gleichung):

$$S = I^{pr} + D^{St} + (X - IM).$$

Demnach entsprechen dem inländischen Sparen S die Summe aus privaten Nettoinvestitionen I^{pr} , der staatlichen Kreditaufnahme D^{St} , gleichbedeutend mit der Differenz von Staatsausgaben minus Steuereinnahmen $A^{St} - T$ und dem Leistungsbilanzsaldo bzw. den Nettokapitalexporten $X - IM$. Das inländische Sparen wird weiterhin aufgeschlüsselt in das Sparen der Arbeitgeber (a) und der Arbeitnehmer (w):

$$S_a = Y_a^n - C_a$$

$$S_w = Y_w^n - C_w$$

Diese erhält man durch Subtraktion des jeweiligen Konsums vom entsprechenden Einkommen. Setzt man die beiden Spardefinitionen in die obige Gleichung ein und stellt nach dem Nettogewinneinkommen der Arbeitgeber um, so ergibt sich:

$$Y_a^n = C_a - S_w + I^{pr} + D^{St} (= A^{St} - T) + (X - IM).$$

Links steht das Nettogewinneinkommen der Arbeitgeber Y_a^n , rechts der Konsum der Arbeitgeber C_a , das Sparen der Lohnempfänger S_w , die privaten Nettoinvestitionen I^{pr} , die staatliche Kreditaufnahme D^{St} , gleichbedeutend mit der Differenz von Staatsausgaben minus Steuereinnahmen $A^{St} - T$ und der Nettokapitalexport $(X - IM)$.

Dieselbe Gleichung lautet in Quotenform:

$$\begin{aligned} \frac{Y_a^n}{Y} &= \frac{C_a - S_w + I^{pr} + D^{St} + (X - IM)}{Y} \\ &= 1 - NLQ - T/Y \end{aligned}$$

Dabei steht Y für das Nettoinlandsprodukt. Die Nettolohnquote NLQ ist hier der Quotient aus Nettolohnsumme und Nettoinlandsprodukt, der letzte Term beschreibt das Steueraufkommen in Relation zum Nettoinlandsprodukt (Steuerquote = SQ).

Empirie in Anlehnung an das Keynes-Oberhauser-Modell

Wie ist diese Gleichung empirisch zu interpretieren? Dazu führt Oberhauser (1988, S. 349) aus: Steigt (sinkt) die Nettogewinnquote (Nettolohnquote), wie zwischen 1980 und 1986 in der BRD um 5,3% und zugleich die Quote des Leistungsbilanzsaldos um 5,8%, so muss aus saldenmechanischen Gründen die Summe aus Konsumquote der Arbeitgeber minus der Sparquote der Arbeitnehmer, aus privater Investitionsquote und staatlicher Defizitquote um 0,5 Prozentpunkte gesunken sein². Ein solcher Zuwachs in der Quote des Leistungsbilanzsaldos kann, bei unveränderter oder sogar gestiegener Investitionsquote, nur mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Sparquote zustande kommen. Letzteres wird bei sinkender Lohnquote durch die Umverteilung des Einkommens zugunsten der Gewinnempfänger organisiert.

In den folgenden multiplen linearen Regressionen untersuchen wir systematisch den Einfluss von p_w , p_a und p_{st} auf die Höhe der Nettolohnquote NLQ , die Nettogewinnquote NGQ und auf die Steuerquote SQ in Deutschland zwischen 1992 und 2024 (vgl. Tab. 3). Wir stellen fest: Die Nettolohnquote reagiert noch viel deutlicher positiv auf die Lohndruckinflation (jetzt bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1%) als die Bruttolohnquote. Dass die Gewinnmargeninflation nicht signifikant für die Nettolohnquote ist, ist gleichbedeutend mit einem geringen Einfluss der Gewinnmargeninflation auf die Konsumquote der Arbeitgeber C_o/Y . Andererseits ist ein signifikanter positiver Einfluss der Lohndruckinflation auf die Nettolohnquote im Sinne von Oberhauser mit einer steigenden Sparquote der Arbeitnehmer S_w/Y konnotiert.

Die Steuerquote T/Y zeigt sich unempfindlich gegenüber den Inflationstreibern Gewinnmargeninflation und Lohndruckinflation. Allerdings drosselt die Abgabeninflation die Steuerquote (bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10%), ein Effekt der z.B. von der Tabaksteuer hinlänglich bekannt und dort aus meritorischen Gründen eigentlich auch erwünscht ist, trotz der negativen Auswirkungen auf die Staatseinnahmen.

² Im Stützzeitraum 1992–2024 unterlag die Quote des Leistungsbilanzsaldos erheblichen Schwankungen: 8,9% im Jahr 2016 standen -1,8% im Jahr 2000 gegenüber. Die Nettogewinnquote schwankte vergleichsweise dagegen wesentlich weniger: 10,2% im Jahr 2009, dem Jahr der Weltwirtschaftskrise, kontrastierten mit 14,5% im Jahr 2017.

Tab. 3

Nettolohnquote in Abhängigkeit von der Inflationstreibern

	Koeffizienten
Schnittpunkt	0,50867106*** (0,002)
p_w	0,00331397*** (0,001)
p_a	0,00128738 (0,001)
p_{st}	0,00255512 (0,002)
Adjustiertes R^2	0,23432103
Standardfehler	0,00698137
Beobachtungen	33

Hinweis: Standardfehler in Klammern; Signifikanzniveau *** 1%, **5% und *10%.
Quelle: Statistisches Bundesamt (2025); Nierhaus (2025); Berechnungen der Autoren. © ifo Institut

Unterstützt oder behindert die Abgabeninflation des Staates p_{st} die Arbeitgeber dabei, ihre Gewinnmargeninflation p_a durchzusetzen? Eine aktuelle Untersuchung von Firgo (2025) zur Mehrwertsteuer in der Gastronomie bestätigt, dass es den Unternehmern in diesem Sektor im Durchschnitt gelingt, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu zwei Drittel (80:40 von 120 Cent) auf die Kundschaft abzuwälzen und selbst nur ein Drittel davon zu tragen. Dabei ist zu beachten, dass es den Gastronomen *ohne* eine erfolgte Mehrwertsteuererhöhung wohl noch weniger gelingen würde, Preiserhöhungen am Markt durchzusetzen.³

Aufschlussreich ist die folgende multiple Regression, in der der Koeffizient der staatlichen Abgabeninflation signifikant positiv (bei 10% Irrtumswahrscheinlichkeit) auf die Nettogewinnquote (NGQ) einwirkt (vgl. Tab. 4). Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der makroökonomischen Lehre der Steuerüberwälzung bei unvollständigem Wettbewerb in der Tradition von Föhl (1964).

Fazit

Mit den theoretischen Gerüsten des PSV-Modells und des Keynes-Oberhauser-Ansatzes als Unterbau konnten wir die aus dem BIP-Deflator abgeleiteten Inflationstreiber

³ Ein verwandtes Problem stellten die Preise im Euroraum dar, die seit 1999 virtuell, ab 2002 dann endgültig in Euro denominated auszuweisen waren. Dabei wurden die Preisbeträge in Euro um deutlich weniger herabgesetzt, als es der unwiderruflich fixierte Umrechnungskurs, etwa der DM zum Euro, „eigentlich“ verlangt hätte. Es lagen also mehr oder weniger versteckte Preiserhöhungen vor (Sell 2024).

Tab. 4

Nettogewinnquote in Abhängigkeit von der Inflationstreibern

	Koeffizienten
Schnittpunkt	0,12851076*** (0,003)
p_w	-0,0010909 (0,001)
p_a	0,00115276 (0,002)
p_{St}	0,0063264* (0,004)
Adjustiertes R ²	0,02691788
Standardfehler	0,01002691
Beobachtungen	33

Hinweis: Standardfehler in Klammern; Signifikanzniveau *** 1%, **5% und *10%.
Quelle: Statistisches Bundesamt (2025); Nierhaus (2025); Berechnungen der Autoren. © ifo Institut

Gewinnmargeninflation, Lohndruckinflation und Abgabeninflation identifizieren, um anschließend deren Impuls auf wichtige Verteilungsgrößen im Zeitraum 1992–2024 zu schätzen.

Dabei erwies sich die Lohndruckinflation als herausragender Impulsgeber sowohl für die (unbereinigte) Brutto- als auch für die Nettogewinnquote. Die Gewinnmargeninflation und die Abgabeninflation (etwa mit ihren Effekten auf die Nettogewinnquote und auf die Steuerquote) stellten sich dagegen als deutlich weniger durchschlagend heraus.

Das ist wirtschaftspolitisch in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Die von Christine Lagarde für den Euroraum – jedenfalls für die kürzere Periode von 2020 bis 2025 – herausgestellte prominente Rolle der Gewinnmargeninflation lässt sich für Deutschland – insgesamt für die längere Periode von 1992 bis 2024 – in den Daten des BIP-Deflators so nicht finden. Der Einfluss der Gewerkschaften und ihrer Lohnpolitik auf die Verteilungsposition des Faktors Arbeit erscheint in Deutschland nach wie vor groß zu sein, auch wenn der Kampf gegen sinkende Mitgliederzahlen und einen abnehmenden Organisationsgrad dem in europäischen Nachbarstaaten durchaus ähneln dürfte (Öllinger und Sell 2017). •

Referenzen

Bundesministerium der Finanzen – BMF (2025), *BMF-Monatsbericht September 2025*, verfügbar unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2025/09/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-4-s39-einkommensverteilung.html>.

Dörner, A., F. Holtermann und L. Meyer(2025), „Wer kann die Handelskrieger stoppen?“, *Handelsblatt*, 1. Juli, 6–7.

Kummerfeld, C. (2024), „EZB-Lagarde: Nach erster Zinssenkung kein bestimmter Zinspfad“, *Finanzmarktwelt*, 20. März, verfügbar unter: <https://finanzmarktwelt.de/ezb-lagarde-zinssenkungen-rede-304962/>, aufgerufen am 21. Juni 2025.

Firgo, M. (2025), “Price Effects and Pass-Through of a VAT Increase on Restaurants in Germany: Causal Evidence for the First 12 Months and a Mega Sports Event”, *Current Issues in Tourism*, 1–8, <https://doi.org/10.1080/13683500.2025.2492384>.

Föhl, C. (1964), *Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und Beeinflussbarkeit ihrer Verteilung*, Gutachten erstellt im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Schriftenreihe Band 2, J. C. B. Mohr, Tübingen.

Hackl, P. (2008), *Einführung in die Ökonometrie*, 2. aktualisierte Auflage, Pearson Deutschland GmbH.

Keynes, J. M. (1930), *A Treatise on Money*, two volumes, Macmillan, London, (C.W., Vol. V und VI), Dt: Vom Gelde, München 1932, Duncker & Humblot, Hans-Michael Trautwein (Uni Oldenburg).

Nierhaus, W. (2025), „Realwert des Bruttoinlandsprodukts und Terms of Trade: Ergebnisse für das Jahr 2024“, *ifo Schnelldienst* 78(2), 51–56.

Oberhauser, A. (1988), „Verstöße gegen die Saldenmechanik. Bemerkungen zum Gutachten ‚Gewinn, Investition und Beschäftigung‘ des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft“, *Finanzarchiv* 46(2), 344–350.

Öllinger, M. und F. L. Sell (2017), “What Determines Union Density? A Political Economy Model of the Labor Market with Empirical Evidence in the Context of European Countries”, *Review of Economics and Finance* 10(4), 18–32.

Öllinger, M. und F. L. Sell (2019), “European Economies in Light of the Keynesian cum Kaldorian Macroeconomic Distribution Theory: A Theoretical and Empirical Investigation”, *Review of Economics and Finance* 16(2), 59–75.

Pierdzioch, C., G. Stadtmann und J. Vögtlin (2025), „Inflation und Verteilungskonflikte“, *WISU* 54(3), 278–284.

Sell, F. L. (2024), „Inflationsrate möglicherweise bald wieder auf angestrebtem Niveau: Ist dann alles wieder gut?“, *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* 77(3), 18–21.

Statista (2025), Höhe der Lohnquote in Deutschland von 1991 bis 2024, verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/30461/umfrage/hoehe-der-lohnquote-in-deutschland/>.

Statistisches Bundesamt (2025), Fachserie 18 Reihe 1.4, Inlandsproduktberechnung, und verschiedene Reihen.